

Ressort: Politik

Türkei fordert No-Spy-Abkommen

Ankara, 24.08.2014, 09:47 Uhr

GDN - Die Bundesregierung muss sich wegen der Spionage des Bundesnachrichtendienstes (BND) in der Türkei auf weiteren Ärger mit Ankara einstellen. "Wir haben seit Jahren vermutet, von den Deutschen und anderen Ländern ausgehorcht zu werden", sagte der frühere türkische Vize-Regierungschef Ertuğrul Yalçınbayır dem Nachrichtenmagazin "Spiegel".

"Wir brauchen jetzt ein No-Spy-Abkommen." Ein solches Abkommen hatte die Bundesregierung von den USA gefordert, als die Spionage-Aktivitäten des US-Geheimdienstes NSA in Deutschland bekannt geworden waren. Der "Spiegel" hatte in der vergangenen Woche über die mutmaßliche Überwachung der Türkei durch den BND berichtet. Das Land werde im aktuellen "Auftragsprofil" der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 als offizielles Aufklärungsziel geführt, hieß es unter Verweis auf Dokumente, die ein ehemaliger BND-Mitarbeiter an den US-Geheimdienst CIA übergeben haben soll. Die Türkei hatte daraufhin am vergangenen Montag den deutschen Botschafter zu einem Gespräch gebeten. Zudem soll es ein längeres Gespräch zwischen dem türkischen Außenminister Ahmet Davutoglu und seinem deutschen Amtskollegen Frank-Walter Steinmeier (SPD) gegeben haben.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-39826/tuerkei-fordert-no-spy-abkommen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619